

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebrö: Kaufmann Hugo Wölgling (vorm. Ww. Weiz), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinanzeile 20 Pf.
Anzeignahme an Freitagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrö — Sanktverein Artern.

Nr 150

Donnerstag, den 15. Dezember 1932

45. Jahrgang

Das französische Kabinett Herriot gestürzt.

Paris, 14. Dezember. Am Schluß einer fünfzehntägigen Sitzung, in der über die Zahlung der fälligen Kriegsschuldenfrage an Amerika debattiert wurde, lehnte die Kammer die von der Regierung eingebrachte Vorlage ab und beschloß mit großer Mehrheit, die Zahlungen an Amerika einzustellen. Das Kabinett Herriot reichte nach diesem Kammerbeschluß beim Präsidenten die Demission ein. Wen der Präsident mit der Bildung einer Regierung betrauen wird, ist noch unbestimmt. Das Kabinett Herriot war nur 6 Monate im Amt.

Uebergangsregelung des Lohnabbaus Vor wichtigen sozialpolitischen Entscheidungen.

Berlin, 14. Dezember.
Nachdem der Reichstag die sozialpolitische Ermächtigung in der Notverordnung vom 4. September aufgehoben hat, kann zwar die Reichsregierung künftig keinen Gebrauch mehr von dieser Ermächtigung machen, die bisher auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen bestehen jedoch weiter, namentlich die am 5. September erlassene Verordnung der Reichsregierung über Lohnabbaumaßnahmen.

Schon bei den Vorberhandlungen über die Regierungsbildung waren sich Reichstagsler von Schleicher und die Gewerkschaften darüber einig geworden, daß mit dem Lohnabbau Schluß gemacht werden sollte, und der neue Reichsarbeitminister Dr. Spruy hat sich bereits grundrissig zur Aufhebung der Verordnung vom 5. September bereit erklärt.

Gegenwärtig schweben nur noch Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitminister und den Sozialpolitikern der Reichstagsfraktionen im Untersuchungs- des Haushaltsausschusses des Reichstages darüber, wie die Uebergangsregelung aussehen soll. Diese Uebergangsregelung, die im Interesse der Schlichter notwendig ist, weil bei ihnen zahlreiche Streitfälle wegen des bisherigen Lohnabbaus schweben, und auch im Interesse der Unternehmer, die im Vertrauen auf die Verordnung zur Frage zu niedrigeren Preisen herangezogen haben, dürfte nunmehr im Untersuchungs- zustande kommen; im Anschluß daran wird die Regierung selbst ihre demnächstige Verordnung aufheben, ohne daß der Reichstag erneut einberufen werden müßte, um einen Aufhebungsbefehl zu fassen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

wird sich ferner mit der Notverordnung vom 4. September, soweit sie nicht bereits aufgehoben ist, zu beschäftigen haben — hier handelt es sich hauptsächlich noch um das System der Steuerzufügung — und mit der Notverordnung vom 14. Juni, die den Abbau der Sozialrenten brachte. An diesen beiden Fragen liegt eine grundsätzliche Einigung der Parteien mit der Regierung nicht vor, eine Aufhebung der beiden Verordnungen durch die Regierung kommt also nicht in Frage und ihre Beibehaltung föhrt nur durch den Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Januar erfolgen.

Kabinettsitzung über Arbeitsbeschaffung

Eine Reihe wichtiger Probleme wird das Kabinett in seiner heutigen Sitzung beschäftigen. Es befaßt sich mit der einschlägigen Frage der Arbeitsbeschaffung. Diese Frage wird daher den Hauptgegenstand der Beratung bilden.

Früher ist dagegen noch, ob auch schon über die Winterhilfe und ihr Ausmaß wird entschieden werden können. Die übrigen sozialpolitischen Probleme wird das Kabinett, wie wir hören, erst in der nächsten Woche behandeln können. Den Rahmen dafür wird Reichstagsler von Schleicher selbst in seiner Rundfunkrede am Donnerstag geben, das Kabinett wird dann die Einzelheiten feststellen. Weiter wird sich die Regierung in der nächsten Woche auch mit der Aufhebung der Terrorverordnung, der Sondergerichte und der Presseverordnung zu beschäftigen haben.

In der Presse sind verschiedentlich Erörterungen über die Abgrenzung der Befugnisse des Reichsminister für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete enthalten, in denen zum Teil behauptet wird, daß die Auffassungen Dr. Geretes über sein Amt von denen der Regierung abweichen.

Wie wir von unentbehrlicher Seite erfahren, ist eine grundsätzliche Regelung der Befugnisse des Arbeitsbeschaffungsministers bereits erfolgt. Diese Regelung wird in der heutigen Kabinettsitzung endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer künftigen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Gerete über seine Arbeit

Zwischen dem Reichsminister für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete und dem Reichsminister des Handelsverkehrs Dr. von Stempel hat eine eingehende Besprechung über die mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Fragen stattgefunden.

Das Ziel, die unerträgliche finanzielle Belastung der Bezirksfürsorgeverbände durch Entlastung der Wohlfahrts-erwerblosen für sichtbar zu vermindern, könne nur durch direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung erreicht werden. Man ist sich darüber einig, daß schnellstes Handeln unbedingt geboten ist, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Durch beschleunigte Arbeitsbeschaffung auf dem Wege über Vergabung öffentlicher Aufträge werde nicht nur den Gemeinden und Kreisen Erleichterung gebracht, sondern die dadurch hervorgerufene größere Beschäftigung der Privatindustrie lasse weitere fiskalische Entlastungen auf dem allgemeinen Ver-

weismarkt eintreten. Die Finanzierung, der wichtigste Teil des Problems, sei bis in alle Einzelheiten durchgesprochen worden.

Hugenberg über das Kabinett von Papen

Dr. Hugenberg beschäftigt sich in einem Aufsatz im „Tag“ mit der Entwidlung, den Leistungen und den Fehlern des Präzidentkabinetts Papen. Die Deutschnationale Volkspartei habe für die Zulassung und die Taten des Kabinetts eine Verantwortung getragen. Sie habe aber nicht etwa von vornherein kritisiert, sondern benutzt den Kurs der Regierung Papen auch dann gelüftet, wenn es von parteipolitischen Standpunkten aus schwer tragbar erschienen sei. Das sei wegen der Ruhmestat des Kabinetts Papen geschehen, die in der Zerlegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und in dem erfolgreichsten Kampf gegen das schwarzrote Regime in Preußen bestehe. Das Scheitern des Kabinetts Papen habe davon abgesehen, ob es den brennenden wirtschaftlichen Aufgaben zu Leibe ging und dabei Erfolg hatte. Der Gesamttritt des Kabinetts Papen habe bedeutet, daß Papen die Schuld für das Scheitern der wirtschaftlichen Aufgaben auf sich genommen habe, und damit sich selbst und vielleicht auch den Gedanken des Präzidentkabinetts aufgegeben habe. Das Kabinett sei aber in seiner Uneinigheit im wesentlichen bestehen geblieben.

Ausprache über Arbeitsbeschaffung

Berlin, 13. Dezember.
Der Reichsminister für Arbeitsbeschaffung empfing den Präsidenten des Reichslandbundes Grafen Ralke, sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und besprach mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Lage der Landwirtschaft. Kurz zuvor waren Vertreter aller Richtungen der Gewerkschaften bei dem Reichsminister zu einer Ausprache. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Verbilligtes Postgut

Verwaltungsentscheidung der Deutschen Reichspost.
Berlin, 14. Dezember.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschäftigte sich im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten. Der Reichspostminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstleistungen eine über die Saisonzufügung hinausreichende konjunkturelle Verkehrsbelebung bemerkbar ist.

Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Arbeitsbeschaffung nicht gelöst ist, hat die Deutsche Reichspost aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen RM einwöchigen Zahlungsauftrag in Höhe von 34 Millionen RM herausgegeben.

Der Reichspostminister kündigte ferner an, daß die Post für den Massenpaketeverkehr zu beiden großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Kleinquantifizierung bis zum Höchstgewicht von sieben Kilogramm einführen wolle, die die Beziehung Postgut erhalten soll. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmen ist nicht beabsichtigt. Der Tarif ist als freizuhaltender Tarif gedacht; Zustellgebühren werden nicht erhoben. Die neue Verordnungsart wird zunächst veruchsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendet sind. Der Verwaltungsrat genehmigte sodann eine Verlängerung der Fristen für die erleichterte Wiedereinrichtung gefährdeter Fernsprechanstalten.

Deutschlands Genfer Vertretung

Der Reichsaussenminister erstattet Bericht.
Berlin, 14. Dezember.
Der Reichspräsident hat den Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath zum Bericht über die Genfer Verhandlungen empfangen. Bereits am Montag hat der Minister dem Reichstagsler Bericht erstattet, und er wird heute im Kabinett nochmals zu den Ergebnissen von Genf Stellung nehmen. Am Freitag erscheint er dann vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Auf den zurzeit in Genf stattfindenden Sitzungen des Büros und der Generalkommission ist Deutschland durch den Befehlenden von Weizsäcker und Geheimrat Frobenius vertreten. Es handelt sich bei diesen Sitzungen um rein formale Sitzungen, und der Außenminister hat in Genf, wo er mit besonderer engster Fühlung hatte, feststellen können, daß eine Teilnahme unserer Delegationsführer an diesen Sitzungen nicht notwendig ist. Vorkäufer von Wadolin wird erst im Januar zum Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz nach Genf zurückkehren. In die Vorbereitungen der nächsten Tagung zu treffen, finden schon jetzt in Berlin Delegations-sitzungen unter seinem Vorsitz statt.

Programm der Genfer Abrüstung

Genf, 14. Dezember.
In der Sitzung des Abrüstungsbüros wurde über das künftige Arbeitsprogramm des Hauptauschusses gesprochen. Im Januar wird eine Reihe weiterer Berichte der Untersuchungs- abschließen werden, so daß der Hauptauschuss seine Arbeiten mit der Erörterung dieser Berichte wird beginnen können.

Im Anschluß daran soll der französischen Delegation Gelegenheit gegeben werden, den französischen Konstruktionsplan zu demonstrieren. Die Erörterung dieses Planes wird die Eröffnung der Debatte über die politischen Kernprobleme der Abrüstungskonferenz bedeuten.

Die politische Agrarfrage

Das Parlament, das in der politischen Agrarfrage auf Grund eines vom Völkerrundrat am letzten Freitag behandelt und vom deutschen Außenminister abgelehnten Berichtes eine endgültige Entscheidung vorbereiten soll, hat seine Arbeiten abgeschlossen.

Es ist die Möglichkeit gegeben, daß der Rat noch in dieser Woche zusammentritt, um die deutsche Antragstellung in Paris und Rommerellen lebenswichtige Frage endgültig zu klären.

Schuldenzahlungen und ihre Auswirkung Englands bedingungslos bereitwillig. — Herriot in Gefahr.

London, 14. Dezember.
Die englische Regierung hat eine neue Note nach Washington geschickt, in der sie alle Bedingungen preisgibt, die sie früher für die Zahlung der Devisenberrate durchzuziehen verlangte, und mit der sie also sich bedingungslos zur Zahlung der Schuldentante bereit erklärt.

Sie deutet ihre früheren Schritte lediglich als Verleugung, die englische Auffassung klarzustellen, und der einzige Vorbehalt, den England macht, ist der, daß keine Regierung das Recht beansprucht, auf die in der zurückliegenden Diskussion vorgelegten Ermächtigungen bei einer in Aussicht stehenden Prüfung der Schuldentante zurückzukommen. Die englische Regierung betont, daß ihr die Befehlsmacht einer solchen Prüfung geboten erscheine, und da so die amerikanische Bereitwilligkeit zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über das Schuldentanteproblem gegeben ist, hat dieser englische Abmachungsgegenstand nur noch historische Bedeutung, und ist im auswärtigen Augenblick wohl mehr eine Belegtafel für die bedingungslos Bereitwilligkeit der Zahlung.

Die politische Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition geht inzwischen lebhafter weiter, aber man darf wohl sagen, daß die Position der Regierung unbeschadet aller Kritik nicht leicht ist, und der Schatzkanzler hat gerade eben in einer Rede in Birmingham Ausführungen gemacht, die sowohl das Abkommen von Lausanne durchaus anerkennen, als auch die bevorstehenden Verhandlungen zweifelsfrei bewerten.

Die Arbeitung Chamberlains, daß im Falle einer Nicht-ratifizierung des Lausanner Abkommens der Zustand vor dem Hoover-Moratorium wieder hergestellt wird, und die englischen Ansprüche an die Schuldentante Englands wieder in Kraft gesetzt werden, ist in diesem Zusammenhang mehr theoretisch einzuschätzen.

Herriot hat es wesentlich schwerer.

Er muß den Auswärtigen der Kammer für Finanzen und für auswärtige Politik in einer scharfen Befragung Rede halten, und es wird ihm nicht leicht gemacht, seine Schuldentantepolitik weiter durchzuführen. Das letzte Argument, das er für seine Haltung einzuwenden hat, ist der Hinweis auf den Nutzen eines einheitlichen Vorgehens zwischen Frankreich und England, und nachdem die bedingungslos englische Zahlungsbereitschaft jetzt ausgesprochen ist, wird es auch Herriot nicht möglich sein, wesentliche Vorbehalte für die französische Zahlung geltend zu machen.

Es ist Herriot aber trotz allem Bemühen noch nicht gelungen, die Opposition von rechts wie von links von der Folgerichtigkeit seiner Politik zu überzeugen, und wenn es lediglich nach den parlamentarischen Jiffen ginge, so müßte der Sturz Herriots mit einer harten Mehrheit unermittellich erfolgen.

Aber gerade die Entschlossenheit, mit der Herriot dieser Gefahr ins Auge sieht, und ihm vielleicht helfen, die Klippe zu überwinden und in letzter Stunde das erforderliche Verständnis und wenn nicht die Billigung, so doch die Duldung einer Politik durchzuziehen.

Italienische Wirtschaftspolitik

Richtlinien des Fiskalischen Großen Rates.
Rom, 14. Dezember.
Der Fiskalische Große Rat hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß in der Politik der Entwidlung der Landwirtschaft fortzuführen werden soll. Die Notwendigkeit, die Fesseln des internationalen Warenverkehrs zu lösen, um erneut befristet, Dennoch müssen vorübergehend alle zur Vorbereitung der nationalen Interessen dienenden Mittel ergreifen werden.

Dem Zollrat sei eine Gestalt zu geben, die sich den nationalen Notwendigkeiten immer besser anpasse. In den Handelsvertragsverhandlungen sei mehr als bisher auf den Schatz der Gegenleistungsberechtigungen Bedacht zu nehmen, um Erzeugerländern von Rohstoffen und Brennstoffen gegenüber müsse die Stellung Italiens als Großproduzent dadurch ausgenutzt werden, daß ihm als Äquivalent ein Markt für seine Erzeugnisse zur Verfügung gestellt werde.

Die Bildung der internationalen Kartelle müsse aufmerksamer verfolgt und gegebenenfalls müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Schädigungen der italienischen Wirtschaft zu vermeiden.

Deutsche Tageschau

Gewerkschaftsvorteil beim Reichsarbeitsminister.

In Umsetzung des kürzlich bei den Reichspräsidenten erfolgten Beschlusses empfing der Reichsarbeitsminister Vertreter der Christlich Gewerkschaften. An der Besprechung wurden alle schon bestehenden sozialpolitischen Fragen eingehend erörtert.

Stahlheim gegen Angriff.

Als dem Arbeitsgerichtszentrum des Berliner Stahlheimführers Majors a. D. von Stephan gegen den Rechtsanwalt des "Angriff" Dr. Dagerth Dürck eine es nach außergerichtlichen Verhandlungen der Parteien zu einem Vergleich. Der "Angriff" erklärte sich bereit, unter der Leitungsführung Majors von Stephan gerechtfertigt zu befehlen, er habe sich überzeugt, daß die gegen Majors von Stephan erhobenen Vorwürfe unbegründet seien.

Austritt aus der SPD.

Der ursprünglich als bühnen Amateur in Aussicht genommene Bürgermeister Dr. Kraus in Mainz hat durch ein Schreiben seinen Austritt aus der SPD erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß ihm die politische Haltung der bühnen Amateur-Einzelmitglieder, die durch die Ablehnung des Kontrabass bei der bühnen Amateur-Koalition gelappt habe, das Weiterarbeiten in der Sozialdemokratischen Partei unmöglich mache.

Auslands-Rundschau

Frauenanteil am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Der Londoner Hygiene-Club, ein Club wertvoller Frauen, gab zu Ehren des deutschen Vorkämpfers von hoch im Osten, an dem mit anderen Stätten Sir A. K. Chamberlain, die der ägyptische Gebirge teilnahmen. In einer Rede über den hohen Anteil der hervorragenden Arbeit, die die Frauen am Wiederaufbau und besonders Deutschland nach dem Abbruch des Krieges für die Wiederaufbau der Welt geleistet hätten.

Ehrungen eines deutschen Gelehrten.

Der deutsche Gelehrte in Rio de Janeiro, Knipping, der demnächst seinen Posten verläßt, war in den letzten Wochen Gegenstand zahlreicher Ehrungen, nicht nur seitens der deutschen Kolonie sondern auch seitens einer Reihe brasilianischer wissenschaftlicher Vereinigungen, als deren Mitglied der Gelehrte mit Erfolg an einer Ausstellung der Beziehungen zwischen den brasilianischen und deutschen wissenschaftlichen Instituten und Verbänden arbeitete.

Einberufung der Stillhaltekonferenz.

Albert S. Wiggin, der Vorsitzende des Ausschusses für das deutsche Kreditabkommen von 1932, kündigt nunmehr offiziell die Einberufung der in diesem Abkommen vorgesehenen Konferenz zur Revision des zu Ende Februar 1933 ablaufenden Kreditabkommens auf den 30. Januar 1933 nach Berlin an.

Vergeblicher britischer Appell an Japan.

Der englische Botschafter soll bei der japanischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen erhoben und sie dringend geübt haben, in die Einlegung eines Ausschusses zur Beilegung des Mandchurienstreitigkeiten einzugewilligen, wie er in dem vorgeschlagenen worden sei. Dieser Ausschussausschuss wurde jedoch von Japan abgelehnt.

Kleine politische Meldungen

Keine Verhandlungen im Reich mit den 18-Jährigen. Angebliche Verhandlungen des Reiches mit den 18-Jährigen-Unionisten über den Ausschluss der Reichswehr vom Reichsamt der Sozialversicherungen, werden demontiert.

"Ruh-Edo" bis 31. Dezember verboten. Das Zentralorgan der kommunistischen Partei des Ruhrgebiets, das "Ruh-Edo" in Essen, wurde bis einschließlich 31. Dezember 1932 verboten.

Polenische Besuche an den Riffen. Polen hat an den Riffen eine Note gerichtet, daß Baroque die internationalen Geleise über den Krieg verleihe.

Aus der Umgegend

Mehra, 14. Dezember.
Gastspiel des Rheinischen Volkstheaters, Köln, im Schillerhaus. Das zur Zeit in Köln aufgeführte Rheinische Volkstheater aus Köln hat sich im Laufe des Monats Januar im hiesigen Schauspielhaus einige Theateraufführungen und veranstaltet am Freitag, den 16. Dezember 1932, abends 8 1/2 Uhr zu seiner Einführungs- und allgemeinen Vorbesprechung. Dem Ensemble geht ein sehr guter Ruf voraus und allerorts haben sich die Künstler großer Sympathie und allgemeiner Beliebtheit erfreut. Wahre, edle Volkskunst, die in unserer heutigen Zeit so selten geboten wird, ist das Verdienst der Gesellschaft, die durch ministerielle Urkunde als höheres Kunstinstitut anerkannt ist. Zur Einführungs- und allg. Vorbesprechung, in deren Verlauf alle ihre alleits beliebt und mit großer Begeisterung überall aufgenommenen, "Großen Sauten Abend" zu veranstalten. Die Darbietungen dieses Abends sind voll und ganz auf Humor und Fröhlichkeit eingestellt. Herzliches Gedenken ohne Ende ist an diesem Abend Worte. Abst. einem tollen Schwanz. "So lacht man Frauen" setzen wir u. a. Carlo Jäger, die sehr Schönen, Helga Renner, die mondäne Stimmungsleiterin, Leopold Weber, den humoristischen Plauderer, Tom Ventum, den beliebten Vortragskünstler. Als besondere Attraktionen des Abends hören wir "Die 3 Parodisten", die modernen Schlagsänger, sowie den bekannten und beliebten Kölner Komiker Anton Villa, die Stimmungsstunde des Rheinlandes mit seiner Partnerin Milla Jubbel. Tränen werden gelacht über diese beiden Originalen, und Lachen, herzliches Lachen ist so gesund in der heutigen ersten und schweren Zeit — eine willkommene Abwechslung. — Um jedermann den Besuch der Vorstellung zu ermöglichen, ist die Direction einen Einführungseintrittspreis von 60 Pf. für Erwerbslose gegen Ausweis 40 Pf., festgelegt. Vermöge niemand diesen Abend des Vachens!

Donnerstag am 19.30 Kanalarbeide. Die in Aussicht genommene Rede des Reichspräsidenten, die über alle deutschen Sender zur Verbreitung gelangt, wird, wie der Reichspräsidentenamt mitteilt, am Donnerstag in der Zeit von 19.30 bis 20 Uhr gehalten werden.

Polizeistunden am heiligen Abend. Von Arbeitsmärkten ist die Festlegung der Polizeistunden für den heiligen Abend auf 19 Uhr angesetzt worden. Wie einem Rundschreiben des preussischen Innenministeriums an die Polizeibehörden zu entnehmen ist, kann eine derartige Regelung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommen. Die Polizeibehörden werden jedoch angewiesen, im Interesse der verkehrten Arbeiternehmer durch Verhandlungen mit dem örtlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen dahin zu wirken, daß der verkehrten Arbeitnehmer im 19 Uhr Arbeitsgerichte am heiligen Abend nach Möglichkeit von 19 Uhr ab von ihrer Arbeit freigestellt werden. Sollte da-

neben eine Polizeistundenüberlegung in geringem Umfang für erforderlich gehalten werden; so bescheiden dagegen keine Bedenken.

Kaufmännische Anstellung im Bauwesen.

Wie uns der G. M. mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister am 9. November den am 14. März 1932 abgeschlossenen Bescheid für die kaufmännischen Angestellten im Baubau, Beton- und Tiefbauwerke in der Provinz Sachsen, im Freistaat Anhalt und im Kreise Schmalkalde und für die kaufmännischen Angestellten im Beton- und Tiefbauwerke im Freistaat Thüringen für allgemeinverbindlich erklärt. Damit haben auch die bei den Unternehmen tätigen Angestellten Anspruch auf die in diesem Tarif festgelegten Anstellungs- und Gehaltsbedingungen. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitserhältnisse, die von Reich, von den Ländern, den Gemeinden (Gemeindevorständen) und anderen öffentlichen Körperschaften zur Förderung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, Siebenter Teil, Kapitel 6, § 9 Abs. 1, sowie von der Reichsarbeit und der Deutschen Reichsbahnangestellten eingegangen werden.

Wienburg.

Für den Kreisbühnenbezirk Wienburg II, das ist die Gemeinde Weidenhörn-Gölsig, ist der Völkcher Willi Sachse aus Weidenhörn als Kreis- und Trübsenbühnenangestellter angeestellt worden. Die Vertretung erfolgt mit dem Kreisbühnenangestellter Mägling aus Weidenhörn gemeinsam.

Langeroda.

Beim Füllen von Buchen im Walde wurde der Arbeiter Dörl von einem hitzigen Stachel so schwer im Gesicht verletzt, daß er am nächsten Tage im Krankenhaus starb.

Artern.

Am 12. Dezember 1932 fand hier unter dem Vorsitz des Herrn Amtsrat Hüfisch die 26. ordentliche Versammlung der Genossenschaft „Erfoltsstützwerk Getreide- und Umgegend" statt. Die Versammlung war von den Mitgliedern der Genossenschaft gut besucht. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung wurden genehmigt und dem Vorstande Entlohnung erteilt. Eine Inanspruchnahme auf die Genossenschaftsumlage konnte in Anbetracht des geringen Uberschusses nicht vorgenommen werden. Es wurde daher nach Erhebung der statutenmäßigen Abgaben beschlossen, den Rest dem Reservesfonds 2 zu überweisen. Die Lösungsgemäß nach dem Dienstalter aus dem Vorstand und Aufsichtsrat ausstehenden Herren wurden einstimmig wiedergewählt.

Querfurt.

Von einer Lokomotive erfaßt und schwer verletzt wurde der bei Bauarbeiten an der Strecke Querfurt-Wienburg beschäftigte Arbeiter Kirmes aus Thalhof. Kirmes mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Sangerhausen.

Die Wägriger Frau Seider aus Steinbrücken wurde am 10. Dezember in der Nähe von Ullrichleben überfallen. Ein Mann entriß ihr einen Ring, in dem sich 70 Mark befanden, und konnte unerkannt entkommen.

Weißensee.

Wegen Zecherei stand ein schon öfter wegen des gleichen Delikts vorbestrafter Schloßer aus Zeitz vor dem Richter. Der Angeklagte hatte in der Märzdorfer Gegend 19 Hektar diebstahlhaft den Besitz der Zechereien in Weissenhof fort, wo er mittellos ankom. Das der fortgeführten Betrugs Angeklagte erhielt vom Gericht noch einmal mitteilende Umstände zugesprochen und kam mit sechs Monaten Gefängnis davon.

Namberg.

Eine zwölftägige Diebstahlserie, darunter einige Jugenddelikte, hatten sich wegen Minderbruchs, Einbruch und Schwerebstahl der Handwerkskammer zu veranlassen. Die Bande bearbeitete vor allem Vorräume von Geschäften und Kantinen sowie Automaten. Auch ein Handtaschenbierdiebstahl stand zur Verhandlung. Elf Angeklagte erhielten Geldstrafen von zehn Mark und Gefängnisstrafen bis zu sieben Monaten. Ein Angestellter wurde freigesprochen.

Süd-Herrndorf.

Der einzige Sohn der Witwe Kiche aus Gohlitz, ein 37-jähriger Landwirt, half einer freudensreichen Familie beim Fällen eines Baumes. Als sich der Baum im Neigen in dem Gezwang eines anderen Baumes verlor, kletterte Kiche in die Höhe, um den hinführenden Mann zu beleuchten. Beim Wiederberuhren sprang wurde er jedoch von dem Baum auf den nachströmenden Baum erschlagen. Er war sofort tot.

Halle.

Wegen umfangreicher Taschendiebstähle wurde eine 30-jährige Salinenarbeiterin festgenommen und dem Amtsgerichtszentrum zugeführt. Die Verhaftete „arbeitete" im Innern der Stadt und in den größeren Kaufhäusern.

Halle.

Die von Arbeitgeberseite veranlaßte und die Staatsanwaltschaft bis zum 1. Dezember in die Bearbeitung genommen worden. Ueber die Hälfte der Forderungen soll wieder an ihre Arbeitsstätten zurückgeführt sein. Es sind verschiedene Einzelregelungen in der Geschäftsfrage getroffen worden. Im übrigen wird der Tarifstreik vom Gesamtverband der Arbeitnehmer weitergeführt.

Halle.

Angestellte wurden Sonntag nacht ein mit einem Scher in der Halsgegend tödlich verletzt. Der Richter aus der Stadt auf dem Hofengelände. Er hat eine Verletzung an der Hand davongetragen. Der Täter ist bisher nicht ermittelt worden, ebenso sind die Motive der Tat unbekannt.

Halle.

Am Sonntagmorgen gegen 5:20 Uhr wurden auf der Strecke Halle-Halberstadt, in der Nähe des Halberstadt, der Kassenführer des Zugverkehrs, der Kassenführer des Kassenführers Hugo Rozza mit Personenzug 528 überfahren und auf der Stelle getötet. Es liegt ungewisshaft Selbstmord vor, wie aus vorgehenden Aktenberichten hervorgeht. Etwas an der gleichen Stelle hatte sich schon am Dienstag vergangener Woche ein junges Liebespaar überfahren lassen.

Halle.

Die 23. Lebensjahre stand, war seit einem Jahr verheiratet, unterließ aber mit der gleichaltrigen Hilde Rozza ein Liebesverhältnis. Dieses Verbot erfolgte auf Wunsch seiner Eltern, da er Vater eines unehelichen Kindes war. Das Verhältnis der jungen Eheleute war aber in letzter Zeit sehr gespannt.

Halle.

Das Schiedsgericht der Arbeiter Richter aus Halberstadt, Er war beim Getreideverarbeiten auf dem Bahnhof ausgenutzt und unter die Räder eines Wagens geraten.

Einweihung (Saalfeld).

Auf der dünnen Eisdecke, die sich über den Dönlöcher gebildet hatte, tummelten sich am Montag nachmittag mehrere Kinder. Drei von ihnen wagten sich über die tragfähige Eisfläche hinaus und brachen durch. Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten waren durch schlechtes Wetter, das die Aussicht verpestete, wesentlich erschwert. Schließlich wurden die drei Kinder bewußtlos aus dem Wasser gezogen. Wiederbelebungserfolge führten

nur der zwei von ihnen zum Erfolg, während das dritte nicht wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte.

Berbig (Esler).

Zwei Bilderer nahm die Polizei nach einer Hausdurchsuchung in Berbig und Bildung fest. Beide haben ein Zeugnisschild abgelegt, im Jagdgebiet Grödenhörn zwei Rebe abgehauen zu haben. Da auch Rebe verlobt und in Eslingen hängend aufgehoben worden sind, glaubt man, daß noch mehr Fälle auf ihre Konten kommen.

Sozial.

Die Heimkehrer von der Fronten des 2. Weltkrieges Fleißer Fritz Wittsching a. Sozial wegen Sozialflagge zu zehn Jahren Zuchthaus. Wittsching war im August 1931 aus Südamerica zurückgekommen und mehreren Jahren aus Fleißers feines Vaters. Am Tage der Ehe hatte der alte Wittsching, der öfters berümt war, die Mutter mißhandelt, worauf ihm sein Sohn einen Schlag auf den Kopf versetzte, der den sofortigen Tod herbeiführte.

Golzewig (bei Bitterfeld).

Während ein Unfall wurde ein Arbeiter durch Verletzung einer hinteren Extremität verletzt. Der Arbeiter wurde aus einem Unfall verletzt worden und hatte verheiratet als Motorrad der Claus umgeworfen. Der Schaden hatte ihn erst niedergebunden und war dann auf dem Gesicht des am Boden liegenden mit dem Schiefelabschlag herumgerollt.

Nordhausen.

Der etwa 30-jährige Fritz von Stöber, Wolfenbüttel, hat sich verlobt. Die Braut stammt aus einer hiesigen reichen Familie und war vor Verlobung als Hausfrau in Stöber. Die Vermählung soll in Kürze erfolgen.

Bach a. d. Elbe.

An der Nacht zum Sonntag des Führerbes erregte sich in der Nacht zum Sonntag ein schweres Unglück auf der Elbe, bei dem zwei Personen ertranken.

Ein mit fünf Personen besetztes Boot war an einem durchgehenden Sandburger Schlepp herangefahren, um einen Bootsmann am Bord zu bringen. Dieser gelangte auch glücklich an Bord eines Schleppbootes. Als jedoch der Handlöhner wieder wegzufahren wollte, kenterte er plötzlich, und die vier Anwesenden stiegen ins Wasser. Dabei fanden der Maschinenmeister Fritz Dreßel und der Arbeiter Otto Erbeher den Tod in den Fluten. Die beiden anderen konnten gerettet werden.

Deffau.

Auf der Verhandlung über den anhaltischen Schweinezüchter in Deffau führte Tiergesundheitsinspektor Frölich in seinem Jahresbericht aus, daß trotz außerordentlich günstiger Preisverhältnisse für Schlacht- und Zuchttiere und der schwachen Absatzverhältnisse der Schweinebestand in Anhalt einen kleinen Anstieg erfahren hat.

Magdeburg.

Der Polizei gelang es, den Raubüberfall aufzuklären, der vor etwa zwei Wochen nachts auf dem Zimmerpforten verübt worden war. Behrennd hatte in einer Gattinsoffizi Übergriffung gefeiert und war auf dem Heimweg von zwei unbekanntem Verbrechen überfallen worden, die ihn in trübender Weise zu Boden schlugen und ihn seines Geldes — übrigens einer kleinen Summe — beraubten. Als Täter wurden jetzt der 37-jährige Arbeiter Koch und der 27-jährige Dreher Rüben ermittelt. Sie hatten das erbeutete Geld gleich nach dem Überfall in Alkohol umgewandelt.

Magdeburg. Wegen Raubverbrechen im kleinen wurde der stellungslose Kaufmännische Angestellte Hans Herrmann festgenommen. Er hatte durch Inhaber, Mitarbeiter und Selbsthaber für sein nicht betriebsfähige Spielautomatenunternehmen gegen Kartellung geleistet. Es gelang ihm auf diese Weise, namhafte Beträge zu ergründen. Bischof sind alle Fälle bekannt, in denen er inhaftet 3500 Mark erbeutete.

Sangerhäuser (Sr. Stendal).

Ein Überfall wurde auf den 18 Jahre alten Müller Otto Matthies verübt. Unbekannte Täter rissen ihn in der Nähe von Spönewalde vom Rade, mißhandelten ihn und warfen ihn in die Sanger. Nur mit Mühe gelang es Matthies, sich aus dem Rade an Land zu retten. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Sohrenwarde (Sr. Veridun).

Am Sonntag abend fuhr bei Sohrenwarde ein Motorboot mit einem in Schleppe des Dampfes „Deutschland II" der Norddeutsche und Vereinigte Schiffahrt, A.G., befindlichen Kapitän, der 4000 Zentner Zucker für Hamburg geladen hatte, in die Fladen. Der Kapitän wurde so schwer verletzt, daß er in kurzer Zeit starb. Die gesamte Ladung Zucker ist vertriebt, Personen kamen nicht zu Schaden.

Bismarck (Altmark).

Auf tragliche Weise kam der Förster Reiner ins Leben. Er wurde auf einer Schwärzwildjagd im hiesigen Forstbesitz von einer verirrten Kugel getroffen. Die Kugel war von einem Schmarotzer abgeworfen, was die Schützenlinie schon passiert hatte, und dem Förster in den Unterleib gebrungen. Der Förster war auf der Stelle tot.

Bismarck (Sr. Uecklinburg).

Die Berufungsinstanz hat die Berufungsinstanz bestätigte die gegen den jugendlichen Kaufmann Hauke verhängte Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren. Er hatte am 14. Juli die 16-jährige Rada Buchholz erschossen und sich mit dem Wasser leicht verletzt. Trotzdem der Staatsanwaltschaft die Tat als Mord anseh, konnte aus die Strafmaß die Behauptung des Hauke nicht widerlegen, daß er die Tat auf Verlangen begangen habe.

Verbrechungs revolutionärer Nationalsozialisten.

Auf einer Konferenz in Halle erfolgte eine Fühlungsnahme zwischen aus der NSDAP. ausgetretenen Nationalsozialisten, der fürstlich gegründeten Nationalsozialistischen Partei und dem Reichswort. An der Besprechung nahmen Vertreter der genannten Richtungen aus Berlin und aus Mitteldeutschland teil. Es wurde beraten, ob und welche gemeinsamen Schritte unternommen werden sollen und die Möglichkeit eines Zusammenchlusses erörtert. Am gleichen Tage fand auch eine Konferenz der revolutionären Nationalsozialisten statt, in der Major Bucher in der sprach.

Die Ortsgruppenführer der „Teno" in Halle.

Die Vorbereitungen Schaffen-Anhalt-Schüringen der Tschingelische Mobilis hatte ihre Ortsgruppenleiter zu einer Führerabteilung nach Halle berufen. Unter regier Beteiligung wurde über die Organisation der Schingelische Mobilis sowie über den Ausbau der Hilfsorganisation, Luft- und Geschäftsbteilungen beraten. Am Sonntag nachmittags besahen die Teilnehmer der Tagung den Ausbau des „Teno" im öffentlichen Dienst. Gleichzeitung wurde die Hilfsorganisation der Ortsgruppe Groß-Ragna vorgeführt.

Randbund gegen Teerfluten.

Der Randbund von Provinz Sachsen hat an die Straßenbauverwaltung der Provinz eine Einbaue angetrieben, in der

Zusammenarbeit Reichsbahn und Kraftverkehrsverke-
 In einer Sitzung des Verkehrsauausschusses des Wirtschaftsausschusses für Eisenbahn- und Kraftverkehrs-Verkehr der Reichsbahn und des Kraftverkehrsverbandes teilnahmen, befristete man sich mit der Frage einer Zusammenarbeit von Reichsbahn und Kraftverkehr. Man war sich darin einig, daß es möglich sein müßte, auf dem Wege der Vereinbarung zwischen beiden Komponenten zu einer betriebliehen Einigung zu gelangen. Der Wirtschaftsausschuss für Eisenbahn- und Kraftverkehr hat die Aufgabe dieses Ausschusses ist es, die Prüfung und Zusammenstellung des notwendigen natürlichen Materials, die Prüfung des Verhältnisses von Eisenbahn- und Kraftverkehr und dessen Regelung im Auslande, insbesondere in der Schweiz, endlich die Ausarbeitung von praktischen Vorschlägen für die Zusammenarbeit. Für den Fall, daß keine Einigung zwischen den Beteiligten erzielt werde, ergeben sich u. a. theoretisch als Möglichkeiten die Erhebung einer Eisenbahnsteuer zu Gunsten der Reichsbahn, ein Kraftverkehrsmonopol der Reichsbahn oder aber die Vervielfachung der Tarife dadurch, daß die Tarife u. c. ermäßigt und die Tarife der niedrigeren Klassen erhöht werden. Die Abklärung der Tarife wird aber die Rentabilität der mitteldeutschen Wirtschaft auf das schwerste gefährden.

Der Erbauer des Eiffelturms

Zu seinem 100. Geburtstag.
 Die Welt hat gigantische Bauwerke aufweisen, die schon seit Jahrtausenden die Bewunderung der Menschheit erregen. Man denke nur an die berühmte Chinesische Mauer oder an die Cheopspyramide, aber das höchste Bauwerk der Welt war bis zum Jahre 1889 der Eiffelturm in Paris, der in der Gemeindefabrikation der Eiffelwerkstatt zum Himmel emporragt. Die Cheopspyramide wird durch die Wucht der aufeinandergepressten Steinblöcke, aber der Eiffelturm bewingt uns besonders durch seine graziöse, elegante Konstruktion. Er ist für den Techniker zum Wahrscheinlichen das modernste, auf wissenschaftlichen Berechnungen beruhende Bauwerk geworden, dessen Prinzip es ist, mit geringstem Materialaufwand möglichst große Leistungsfähigkeit zu verbinden. Alexandre Gustave Eiffel, der vor 100 Jahren, am 15. Dezember 1832 in Dijon geboren wurde, ist in bezug auf die Eisenkonstruktion einer der bahnbrechenden Ingenieure gewesen. Eiffel war es, der im Brückenbau zum ersten Male das Druckluftverfahren anwendete, das man bei seinem großen Brückenbau in Bordeaux bewunderte. Weitere Jungen seiner fähigen Eisenkonstruktionen sind die Kuppel der Sternwarte in Wiza und die Staatsbahnhofsalle in Budapest. Im Vereinigungs-Bericht gründete Eiffel eine Eisenbauanstalt, die Später Société de Construction de Levallois-Perret, in der auch die Pläne zu seinem weltberühmten Turmbau reifen. Frankreich brauchte für seine Weltausstellung im Jahre 1889

ein repräsentables Bauwerk und beauftragte Gustave Eiffel auch den Mann, der imstande war, etwas Einzigartiges zu schaffen.
 Der Eiffelturm hat eine Höhe von 300 Metern. In 58 und 115 Metern Höhe ist je eine Plattform, die Erleuchtungsräume enthält, eingebaut, und in 276 Metern Höhe befindet sich die berühmte Plattform, von der aus man einen Rundblick bis zu 150 Kilometern Entfernung genießen kann. Bis zu der im Eiffelturm eingebauten Wetterwarte führen 1792 Stufen empor. Die Kosten des Turmbaus betrugen 6,5 Millionen Franken, und das Gewicht dieses Eisengerüsts berechnet man mit etwa 9 Millionen Kilogramm. Gustave Eiffel konnte damals nicht ahnen, daß sein Bauwerk außer seinem historischen Eindruck auch eine hervorragende praktische Bedeutung in der Gegenwart erlangen würde, denn Paris hatte, als die Zeit des Großsturms kam, im Eiffelturm einen idealen Sturmturm loszulassen betriebsfertig bereitstehen, aber auch der Luftfahrt sind die beiden Großschimmerantennen des Eiffelturms wertvolle Orientierungsmittel. Der Turmbau Eiffels wird noch für lange Zeiten das weithin sichtbare Wahrzeichen der Seine-Stadt bleiben.
 Gustave Eiffel hat in späteren Jahren auch für die Luftfahrt bedeutungsvolle aerodynamische Forschungsarbeit geleistet. Weder wurde er je in der in der berühmten Panoramafabrik in Paris rehabilitiert, noch daß für die Zukunft das Charakterbild des größten französischen Ingenieurs ungetrübt blieb. Gustave Eiffel starb am 28. Dezember 1923 als hochbetagter Mann in Paris.

Die Form von Verträgen

Von Anwalt Dr. S. H. e. m. e. K. ö. n.
 Früher galt beim Vertragsabschluss der Handschlag, das Wort; heute ist es nicht mehr ganz so einfach. Grundsätzlich herrscht aber auch jetzt noch im bürgerlichen Rechtsleben Formfreiheit, das heißt, es genügt die mündliche Form. Es gibt jedoch eine Reihe von Ausnahmen. Wenn eine vom Gesetz ausdrücklich vorgeschriebene Vertragsform nicht beachtet wird, dann ist der Vertrag nichtig, er gilt als nicht geschlossen. Die Parteien können ein Recht aus ihm nicht herleiten. Allerdings ist in einigen Fällen der Formmangel heilbar.
 Formfreie Verträge sind z. B. folgende: Herr A. verzögert sich morgens mit den notwendigen Zigaretten (Kaufvertrag), kauft bei seinem Freunde B. — ein (Darlehen), leiht von ihm zu einer Belohnung auch noch das Fahrrad (Leihe) und läßt seinen Koffer zur Bahn tragen (Dienstvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch). Für Dienstverträge spezieller Art bestehen in anderen Reichsteilen und auch in Landesgesetzen noch besondere Bestimmungen. Auch ist hier in einigen Fällen Schriftform vorgeschrieben, es handelt sich aber dabei hauptsächlich um Dienstverträge über längere Dauer. Es ist daher ratsam, sich beim Abschluss solcher Verträge vorher über die Form zu verewillern. — Frau Karthe

läßt sich in Del malen (Wertvertrag), ihr Gatte bestellt einen Anzug, und der Schneider liefert den Stoff dazu (Wertverpflichtungsvertrag), Schüler Hans gibt seinen Bräutigam gegen die Einigungswörter der Braut (Ehe) und nach seiner Braut eine Schachtel Kralinen (Schenkung). Bei all diesen und noch vielen anderen Verträgen ist eine Form nicht vorgeschrieben; es sind solche des täglichen Lebens. Hier würden Formvorschriften nur Verfall für das Rechtsleben bedeuten.
 Dagegen ist bei der Bürgschaft (dem Verpfänden eines Dritten, für die Schuld eines anderen aufzukommen) die Schriftform zwingende Vorschrift. Es muß also über dieses Rechtsgeschäft eine schriftliche Urkunde aufgenommen und vom Aussteller eigenhändig unterzeichnet werden. Die Schuldübernahme dagegen kann mündlich vereinbart werden. Gegenüber der Bürgschaft besteht hier der Unterschied, daß an Stelle des einen Schuldners, der von seiner Schuld frei wird, ein anderer tritt. Die Verträge über ein Schuldverhältnis sind über eine Schuldübernahme jedoch bedürfen der Schriftform, desgleichen Miet- und Pachtverträge über 1 Jahr, der Verpfändungsvertrag und andere mehr.
 Nun zu der schärfsten Vertragsform, der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Der ganze Vertrag muß in diesen Fällen vor einem Richter oder Notar errichtet werden. Diese Form ist hauptsächlich bei Rechtsgeschäften über Grundstücke vorgeschrieben. Soweit es sich um Eintragsverpflichtungen und sonstige zur Eintragung in das Grundbuch erforderliche Erklärungen (wie um Auflassungen und die damit verbundenen Beschlüsse (Schuldentilgung, Abtretung und Verpfändungserklärungen usw.) handelt, kann nach näherer Bestimmung der Landesjustizverwaltung die Urkunde durch den Rechtspfleger des Amtsgerichts aufgenommen werden. Eheverträge, Verfügung eines Miterben über seinen Anteil am Nachlaß (Erbteil), Erbverträge, Annahme an Kindesstatt, der Kauf einer ganzen Erbschaft und der Erbschaft u. a. m. bedürfen gleichfalls der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.

In einzelnen weniger wichtigen Fällen (hauptsächlich in Grundbuch, Vereins, Güterrechtsregister usw. Sachen) begnügt sich das Gesetz mit der öffentlichen Beglaubigung. In diesen Fällen bedarf die Urkunde der Schriftform. Außerdem muß die Unterfertigung des Ausstellers beglaubigt werden (durch den Richter, Notar, Urkundsbeamte, jedoch nicht durch die Polizei, Schiedsleute usw.). Diese Art hat den Vorzug, daß sie billiger ist als die Beurkundung des ganzen Vertrages.
 Für das Testament genügt die Schriftform, aber Barakt ist geboten. Der Erblasser muß das Testament von A bis Z eigenhändig schreiben; Zuzug von fremder Hand bedeutet seine Ungültigkeit. Es muß das genaue Datum seiner Errichtung tragen, also z. B. Berlin, den 25. Dezember 1931, oder Berlin, Erster Weihnachtstag 1931, aber nicht Berlin, Weihnacht 1931. Das Testament wäre dann ungültig, da es zwei Weihnachtstage gibt. Die Unterfertigung muß unter der ganzen Willenserklärung stehen, sie also decken. Sie darf auch nicht später hinzugefügt werden, d. h. das Testament muß in einem Zuge errichtet werden.

Beir. Auszahlung der Sozial- und Kleinrente.
 Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrente für den Monat Dezember d. J. erfolgt am Freitag, dem 16. d. Mts., von 11—12 Uhr in der Stadtkasse.

Rebra, den 14. Dezember 1932 Der Magistrat.

Öffentliche Steuernmahnung.
 Die bis 15. d. Mts. für den Monat Dezember d. J. fällig gewordenen Grundbesitzsteuern, Hausbesitzsteuer und Gemeindefachbeitrag zur Grundbesitzsteuern sind nunmehr binnen drei Tagen an die Stadtkassenscheffe zu entrichten. Eine Verhängung von Mahngeldern findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingeschlagen werden.
 Rebra a. U., den 15. Dezember 1932.

Die Stadtkassenscheffe. Der Magistrat.
 Wird veröffentlicht.

Theater im Hebra'schen Bühnenhaus
Gesellschaft des Rheinischen Volkstheaters, Köln a. Rhein
Freitag, den 16. Dezember 1932, abends 8 1/2 Uhr:
Großer bunter Abend
 Theater - Tanz - Musik - Gesang - Humor - Parodien!
 u. a.: Carla Pfeifer, Sololiedersängerin
 Helge Leander, Stimmungsflügelin
 Leopold Weberer, hüm. Wäubere
 Tony Bankum, Vortragsschiller
 Anton Weis, Kölner Komiker / Stimmungs-
 Wita Hubbel, Kölner Sänger / Komiker
„Die 3 Parodiers“, moderne Schlagerländler.
 Einheitspreis: 40 Pfg., Gewerkschaften gegen Ausweis 40 Pfg.
„Lachen ohne Ende!“
 Vorverkauf: Buchhandlung Schaaf.

MM
 Leipziger Neueste Nachrichten
Größte Auflage
 aller deutschen Tageszeitungen außerhalb Berlins.
Größter Anzeigenteil
 aller Zeitungen Mitteldeutschlands.
MM
 Leipziger Neueste Nachrichten



Muß die Unterbringung der Nähmaschine in der kleinen Wohnung ein Problem sein?

Nein! — Wählen Sie die prachttolle neue

VESTA

Nähmaschine, die ein Zierstück für Ihre Wohnung ist und der niemand die Maschine ansieht! Vorführung ohne Kaufzwang bei:
Willy Becker Rosleben
 Unterricht im Sticken und Stopfen gratis!

Nochmals habe ich Gelegenheit gehabt **eine 1000er Kiste**
Burkbraun-Happen
 für 10 Pfg.-Verkauf heranzubringen.
 Nur ein jeder die äußerst günstige Chance bestmöglichst aus. Gerade unterm Weihnachtsbaum ist es das prächtigste und billigste Geschenk.
Hugo Mögling.

Wer inseriert, für seine Waren interessiert!

SCHENKEN SIE IHREM GATTEN ZU WEIHNACHTEN EINE
KLEIN-CONTINENTAL
 DAS SCHREIBZUG DES MODERNEN MENSCHEN
 WANDERER-WERKE A. G. SCHWAB - CHEMNITZ
 Vertretung: **Wilhelm Sauer, Rossleben**

Neuzeitliche Drucksachen
 aller Art
 für sämtliche Behörden und Institute, für Industrie, Handel, Gewerbe, Vereine und für Privatbedarf
 in ein- und mehrfarbiger geschmackvoller Ausführung
 Buchdruckerei **Wilhelm Sauer** Rossleben a. U.

Eine Köstlichkeit sind
Burkbraun-Knabbretten
 100 Gr. Doppelpaket 50 Pfg. zu haben bei
Hugo Mögling
Ein Damenmantel
 neu, dunkel, ganz auf S. - Seide gearbeitet, für mittlere Figur passend, ferner
einen Herren-Halter, mittl. Fig., verkauft billig
Braunergasse 5.
Feinsten Fleisch- und Heringsalat
 das Beste dem Besten wird geboten
Hugo Mögling

Eine große Scheune sowie
Acker u. Wiese zu verkaufen.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.
la Schweinefleisch billiger!
 Pfd. legt nur noch 52 Pfg.
Hugo Mögling.
 Einen Pöken **Sprechapparate** zu jedem annehmbaren Preise — auch gegen Zehlschlag — verkauft **Willy Becker** Rosleben.

Nebrander Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köpelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpelen.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wägling (vorm. Ww. Weig), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Vorkosten: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinausschnitt 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bankverein Artern.

Nr 150

Donnerstag, den 15. Dezember 1932

45. Jahrgang

Das französische Kabinett Herriot gestürzt.

Paris, 14. Dezember. Am Schluß einer fünfzehntägigen Sitzung, in der über die Zahlung der fälligen Kriegsschuldenfrage an Amerika debattiert wurde, lehnte die Kammer die von der Regierung eingebrachte Vorlage ab und befohl mit großer Mehrheit, die Zahlungen an Amerika einzustellen. Das Kabinett Herriot reichte nach diesem Kammerbeschlusse beim Präsidenten die Demission ein. Wen der Präsident mit der Bildung einer Regierung betrauen wird, ist noch unbekannt. Das Kabinett Herriot war nur 6 Monate am Amt.

Lebergangregelung des Lohnabbaus

Berlin, 14. Dezember. Nachdem der Reichstag die sozialpolitische Ermächtigung in der Notverordnung vom 4. September aufgehoben hat, kann zwar die Reichsregierung künftig keinen Gebrauch mehr von dieser Ermächtigung machen, die bisher auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen bestehen jedoch weiter, namentlich die am 5. September ergangene Verordnung der Reichsregierung über Lohnabbaumaßnahmen.

Schon bei den Vorverhandlungen über die Regierungsabstimmung waren sich Reichsanwalt von Schleicher und die Gewerkschaften darüber einig geworden, daß mit dem Lohnabbau Schluß gemacht werden sollte, und der neue Reichsarbeitminister Dr. Sprung hat sich bereits grundsätzlich zur Aufhebung der Verordnung vom 5. September bereit erklärt.

Gegenwärtig schweben nur noch Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitminister und den Sozialpolitikern der Reichstagsfraktionen im Unterschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages darüber, wie die Lebergangsregelung aussehen soll. Diese Lebergangsregelung, die im Interesse der Schlichter notwendig ist, weil bei ihnen zahlreiche Streitfälle wegen des bisherigen Lohnabbaus schweben, und auch im Interesse der Unternehmer die in letzterem auf die Verordnungsauflösung zu niedrigeren Preisen heringekommen haben, dürfte nunmehr im Unterschuß zustande kommen; im Anschluß daran wird die Regierung selbst ihre demütigste Verordnung aufheben, ohne daß der Reichstag erneut einberufen werden müßte, um einen Aufhebungsbescheid zu fassen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

wird sich fernher mit der Notverordnung vom 4. September, soweit sie nicht bereits aufgehoben ist, zu beschäftigen haben — hier handelt es sich hauptsächlich noch um das System der Steuererlässe — und mit der Notverordnung vom 14. Juni, die den Abbau der Sozialrenten brachte. In diesen beiden Fragen liegt eine grundsätzliche Einigung der Parteien mit der Regierung nicht vor, eine Aufhebung der beiden Verordnungen durch die Regierung kommt also nicht in Frage und ihre Beseitigung könnte nur durch den Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Januar erfolgen.

Kabinettsitzung über Arbeitsbeschaffung

Eine Reihe wichtiger Probleme wird das Kabinett in seiner heutigen Sitzung beschäftigen. Es befaßt sich mit der dringlichsten Aufgabe der Arbeitsbeschaffung. Diese Frage wird dabei den Hauptgegenstand der Beratung bilden.

Fräglich ist dagegen noch, ob auch schon über die Winterhilfe und ihr Ausmaß noch entschieden werden können. Die übrigen sozialpolitischen Probleme wird das Kabinett, wie wir hören, erst in der nächsten Woche behandeln können. Der Rahmen dafür wird Reichsanwalt von Schleicher selbst in seiner Rundfunkrede am Donnerstag geben, das Kabinett wird dann die Einzelheiten feststellen. Weiter wird sich die Regierung in der nächsten Woche auch mit der Aufhebung der Terrorverordnung, der Sondergerichte und der Preiserhöhungen zu beschäftigen haben.

In der Presse sind verschiedentlich Erörterungen über die Abgrenzung der Befugnisse des Reichsarbeitministers für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke enthalten, in denen zum Teil behauptet wird, daß die Auffassungen Dr. Gerekes über sein Amt von denen der Regierung abweichen.

Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ist eine grundsätzliche Regelung der Befugnisse des Arbeitsbeschaffungsausschusses bereits erfolgt. Diese Regelung wird in der heutigen Kabinettsitzung endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer besonderen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Gereke über seine Arbeit

Zwischen dem Reichsminister für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke und dem Reichsanwalt von Schleicher ist ein Stempel, daß eine eingehende Befragung über die mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Fragen stattgefunden haben.

Das Ziel, die unerträgliche finanzielle Belastung der Bezirksfördervereine durch Entlastung der Wohlfahrtsvereine für fähiger zu vermindern, könne nur durch direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung erreicht werden. Man sei sich darüber einig, daß schnellstes Handeln unbedingt geboten ist, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Durch beschleunigte Arbeitsbeschaffung auf dem Wege über Vergabung öffentlicher Aufträge werde nicht nur den Gemeinden und Kreisen Erleichterung gebracht, sondern die dadurch hervorgerufene größere Beschäftigung der Privatindustrie lasse weitere fiskalische Erleichterungen auf dem allgemeinen Ar-

beitsmarkt eintreten. Die Finanzierung, der wichtigste Teil des Problems, sei bis in alle Einzelheiten durchgesprochen worden.

Hugenberg über das Kabinett von Papen

Dr. Hugenberg beschäftigt sich in einem Aufsatz im „Tag“ mit der Entwicklung, den Leistungen und den Fehlern des Präsidialkabinetts Papen. Die Deutschnationale Volkspartei habe für die Zusammenlegung und die Taten des Kabinetts nie eine Verantwortung getragen. Sie habe aber nicht etwa von vornherein kritisiert sondern benutzt den Kurs der Regierung Papen auch dann gefolgt, wenn es um parteipolitischen Standpunkte aus schwer tragbar erschienen sei. Das sei wegen der Ruhmestadt des Kabinetts Papen geschehen, die in der Zerlegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und in dem erfolgreichen Kampf gegen das schwarzrote Regime in Preußen bestanden. Das Scheitern des Kabinetts Papen habe davon abgehangen, ob es den brennenden wirtschaftlichen Aufgaben zu Leibe ging und dabei Erfolg hatte. Der Geheimrücktritt des Kabinetts Papen habe bedeutet, daß Papen die Schuld für das Scheitern der wirtschaftlichen Aufgaben auf sich genommen habe, und damit sich selbst und nicht auf die Gebehrten des Präsidialkabinetts aufgegeben habe. Das Kabinett sei aber in seiner Uneinigkeit im wesentlichen befehlen geblieben.

Aussprache über Arbeitsbeschaffung

Berlin, 13. Dezember. Der Reichsminister für Arbeitsbeschaffung empfing den Präsidenten des Reichslandbundes Grafen Ralcau, sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und befaßte sich mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Lage der Landwirtschaft kurz zuvor waren Vertreter aller Richtungen der Landwirtschaften bei dem Reichsminister zu einer Aussprache. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Verbilligtes Holz

Verwaltungsentscheidung der Deutschen Reichspost.

Berlin, 14. Dezember. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschäftigte sich im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten. Der Reichsminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstleistungen eine über die Saisonzufälle hinausreichende konjunkturelle Verkehrsbelebung bemerkbar ist.

Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Deutsche Reichspost aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen RM einfließen Zahlungsaufträge in Höhe von 34 Millionen RM herausgegeben.

Der Reichsminister kündigte ferner an, daß die Post für den Massenpostverkehr zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Kleingüterlieferung bis zum Höchstgewicht von sieben Kilogramm einführen wolle. Die Bezeichnung „Postgut“ erhalte sie nicht. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmen ist nicht beabsichtigt. Der Tarif ist als Preiszuschlag gebildet. Zustellgebühren werden nicht erhoben. Die neue Verbandsart soll zunächst veruchsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendet sind. Der Verwaltungsrat genehmigte sodann eine Verlängerung der Fristen für die erleichterte Wiedereinrichtung geländiger Fernsprechanlagen.

Deutschlands Genfer Vertretung

Der Reichsaußenminister erstattet Bericht.

Berlin, 14. Dezember. Der Reichspräsident hat den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath zum Bericht über die Genfer Verhandlungen empfangen. Bereits am Montag hat der Minister dem Reichsanwalt Bericht erstattet, und er wird heute im Kabinett nochmals zu dem Ergebnis von Genf Stellung nehmen. Am Freitag erscheint er dann vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Auf den zurzeit in Genf stattfindenden Sitzungen des Büros und der Generalkommission ist Deutschland durch den Gehilfen von Weizsäcker und Geheimrat Frobenius vertreten. Es handelt sich bei diesen Sitzungen um rein formale Sitzungen, und der Außenminister hat in Genf, wo er mit besonderer enge Fühlung hatte, feststellen können, daß eine Teilnahme unserer Delegationsführer an diesen Sitzungen nicht notwendig ist. Vorsitzender von Radolny wird erst im Januar zum Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz nach Genf zurückkehren. Ihm die Vorbereitungen für die Tagung zu treffen, finden schon jetzt in Berlin Delegationsitzungen unter seinem Vorsitz statt.

Programm der Genfer Abrüstung

Genf, 14. Dezember.

An der Sitzung des Abrüstungsbüros wurde über das künftige Arbeitsprogramm des Hauptausschusses gesprochen. Im Januar wird eine Reihe weiterer Berichte der Untersuchungskommissionen vorgelegt, so daß der Hauptausschuß seine Arbeiten mit der Erörterung dieser Berichte wird beginnen können.

Im Anschluß daran soll der französischen Delegation Gelegenheit gegeben werden, den französischen Konstruktionsplan zu demonstrieren. Die Erörterung dieses Planes wird die Eröffnung der Debatte über die politischen Kernprobleme der Abrüstungskonferenz bedeuten.

Die politische Agrarfrage

Das Reichskabinett, das in der politischen Agrarfrage auf Grund seines vom Völkerrundrat vom letzten Freitag behandelten und vom deutlichen Außenminister abgeleiteten Berichtes eine endgültige Entscheidung vorbereiten soll, hat seine Arbeiten abgeschlossen.

Es ist die Möglichkeit gegeben, daß der Rat noch in dieser Woche zusammentritt, um diese für die deutsche Arbeit in Polen und Bessarabien lebenswichtigen Frage endgültig zu klären.

Schuldenzahlungen und ihre Auswirkung

Englands bedingungslose Bereitschaft. — Herriot in Gefahr.

London, 14. Dezember. Die englische Regierung hat eine neue Note nach Washington gerichtet, in der sie alle Bedingungen preisgibt, die sie früher für die Zahlung der Dezemberrate durchzusetzen verlangte, und mit der sie also sich bedingungslos zur Zahlung der Schulden bereit erklärt.

Sie deutet ihre früheren Schritte lediglich als Verleugung, die englische Auffassung klarzustellen, und der einzige Vorbehalt, den England macht, ist, daß keine Regierung das Recht beansprucht, auf die in der zurückliegenden Diskussion vorgebrachten Erörterungen bei einer in Aussicht stehenden Prüfung der Gesamtfrage der Schuldenregelung zurückzuführen. Die englische Regierung betont, daß ihr die Beseitigung einer solchen Prüfung geboten erweise, und daß sie die amerikanische Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über das Schuldproblem gegeben ist, hat dieser englische Wunsch eigentlich nur noch politische Bedeutung, und ist im gegenwärtigen Augenblick wohl mehr eine Begleitmaßnahme zu der bedingungslosen Bereitschaft der Zahlung.

Die politische Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition geht inzwischen lebhaft weiter, aber man darf wohl sagen, daß die Position der Regierung unbeschadet aller Kritik nicht lockert ist, und der Schatzkanzler hat gerade eben in einer Rede in Birmingham Ausführungen gemacht, die sowohl das Abkommen von Lausanne durchaus anerkennen, als auch die bevorstehenden Verhandlungen zweifelsfrei bewerten.

Die Anberstung Chamberlains, daß im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens der Zustand vor dem Hoover-Moratorium wieder hergestellt, und die englischen Ansprüche an die Schuldner Englands wieder in Kraft gesetzt würden, ist in diesem Zusammenhang mehr theoretisch einzuschätzen.

Herriot hat es weitlich schwerer.

Er muß den Ausschüssen der Kammer für Finanzen und für auswärtige Politik in einer scharfen Befragung Gänge stehen, und es wird ihm nicht leicht gemacht, seine Schuldenpolitik konsequent durchzuführen. Das letzte Argument, das er für seine Haltung einbringen hat, ist der Hinweis auf den Nutzen eines einheitlichen Vorgehens zwischen Frankreich und England. Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, die bedingungslose englische Bereitschaft für die Zahlung der bedingungslosen englischen Beiträge für die Winterhilfe zu unterstützen.

Man muß noch nicht von links von den Genfer Verhandlungen sprechen, und wenn es nicht anders geht, so muß man sich für die Arbeit unermüdet einsetzen. Der Reichspräsident hat den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath zum Bericht über die Genfer Verhandlungen empfangen. Bereits am Montag hat der Minister dem Reichsanwalt Bericht erstattet, und er wird heute im Kabinett nochmals zu dem Ergebnis von Genf Stellung nehmen. Am Freitag erscheint er dann vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Sozialpolitik

Entscheidung über die Winterhilfe.

Berlin, 14. Dezember. Die Entscheidung über die Winterhilfe wird in der heutigen Kabinettsitzung endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer besonderen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Bildung der internationalen Arbeitskommissionen mußte auf dem Programm stehen, und gegebenenfalls müßten Maßnahmen ergriffen werden, um Schwierigkeiten der internationalen Wirtschaft zu vermeiden.

